



# Newsletter

## Christian Piwarz

IV/2012

### Neues aus dem Landtag

#### Hochschulfreiheitsgesetz beschlossen – mehr Geld für sächsische Studenten

Am ersten Plenartag wurde das neue Hochschulfreiheitsgesetz verabschiedet. Durch die Änderungen der rechtlichen Bestimmungen soll die Autonomie der Hochschulen ausgebaut werden. Zudem soll eine Erhöhung der Beiträge für die sächsischen Studentenwerke im kommenden Doppelhaushalt vorgesehen.



Der aktuelle Haushaltsentwurf der Sächsischen Staatsregierung sieht vor, dass die Zuschüsse für die Sächsischen Studentenwerke im Jahr 2013 um eine halbe Million Euro und 2014 um weitere 900.000 Euro steigen. Das bedeutet eine Steigerung der Mittel für die Studentenwerke um zehn Prozent im kommenden Jahr und um fast 20 Prozent im Jahr 2014. Angesichts generell rückläufiger Einnahmen des Freistaates Sachsen ist dies eine ungewöhnliche und weit überdurchschnittliche Erhöhung. Alle Vorwürfe, das Hochschulfreiheitsgesetz würde die Studentenschaft finanziell an die kurze Leine nehmen, sind damit klar widerlegt.

In der Gesetzesberatung verteidigte die CDU-Fraktion die Möglichkeit für Studenten, nach dem ersten Semester aus der verfassten Studentenschaft auszutreten. Die verfasste Studentenschaft wird mit der Novellierung nicht abgeschafft. Die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte sowie ihre gesetzlichen Aufgaben bleiben im vollen Umfang und unverändert erhalten. Die Neuregelung richtet sich nicht gegen die Gremien der Stu-

dentenschaft oder ihrer Tätigkeit. Aus Sicht der CDU-Fraktion schafft dieses Gesetz in diesem Punkt vor allem Freiheit für die Studierenden.

#### Zukunft der Europäischen Förderpolitik – Sächsische Interessen wahren

Mit dem gemeinsamen Antrag „Zukunft der Europäischen Förderpolitik“ setzen sich die Fraktionen von CDU und FDP für die Interessen des Freistaats Sachsen auf europäischer Ebene für die kommende Förderperiode 2014 – 2020 ein. Aufgrund des wirtschaftlichen Nachholbedarfs ist es wichtig, dass die sächsischen Regionen Chemnitz, Dresden und Leipzig bei der künftigen EU-Förderung eine Anschlussförderung erhalten. Insbesondere soll keine Benachteiligung für die Region Leipzig bei der zukünftigen Förderung entstehen.

Nach derzeitigem Stand soll es für den Freistaat Sachsen Einschnitte bei der EU-Förderung geben. Dennoch darf dies nicht dazu führen, dass der erfolgreich gestartete Aufholprozess durch Umverteilung und Kürzung der Mittel auf halben Weg stecken bleibt. Deshalb werden Übergangsregelungen, wie das derzeit diskutierte Sicherheitsnetz, für die nächste Förderperiode nötig. Es besteht die Gefahr, dass nur die Regionen Dresden und Chemnitz von diesem Sicherheitsnetz erfasst werden, d. h. sie würden mindestens 2/3 der bisherigen Fördermittel in der kommenden Förderperiode erhalten.

In der aktuellen Förderperiode 2007 bis 2013 erhält der Freistaat Sachsen rund vier Milliarden Euro aus dem EU-Regionalfonds. Damit nimmt der Freistaat deutschlandweit eine Spitzenposition ein. Dazu kommen noch 629 Millionen Euro aus dem EU-Sozialfonds und rund 700 Millionen Euro für die Entwicklung des ländlichen Raums.

#### Brand- und Katastrophenschutzes verbessern - Freiwillige Feuerwehren stärken

Mit dem gemeinsamen Antrag wollen die Fraktionen von CDU und FDP den Brand- und Katastrophenschutzes

Sächsischer Landtag: Geo Loge

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 • 01259 Dresden

Telefon: 0351 - 32 31 666 • Telefax: 0351 - 49 62 525 542

www.christian-piwarz.de • christian.piwarz@slt.sachsen.de



**CDU**

DIE SÄCHSISCHE UNION

## Wesentliche Inhalte der Novelle zum Hochschulgesetz:

Mit dem Gesetz über die Freiheit der Hochschulen im Freistaat Sachsen soll die Hochschulautonomie ausgebaut werden. Des Weiteren werden notwendige Anpassungen vorgenommen.

Beabsichtigt ist eine Stärkung der Autonomie der Hochschulen. So wird beispielsweise die Beteiligung der Hochschulen an Unternehmen vereinfacht. Die Ermächtigung des Finanz- und Wissenschaftsministeriums, weitere Einzelheiten in einer Rechtsverordnung hierzu zu regeln, entfällt. Das Rektorat der Hochschule kann im Einvernehmen mit dem Hochschulrat die Übernahme der Bewirtschaftung der selbstgenutzten Liegenschaften beschließen. Die Stellenplanbindung wird weiter gelockert.

Die Kunsthochschulen erhalten im Rahmen einer modifizierten Erprobungsklausel die Möglichkeit, noch stärker als bisher neue Organisationsstrukturen einzuführen. Mit der Änderung soll ihnen ermöglicht werden, die Zuständigkeiten des Fakultätsrates ganz oder teilweise dem Senat zuzuweisen, um den Besetzungsbedarf der Gremien angemessen zu verringern.

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels wird der Personenkreis erweitert, der aufgrund seiner beruflichen Qualifizierung berechtigt ist, ein Hochschulstudium aufzunehmen. Damit wird der Beschluss der Kultusministerkonferenz über die Eckpunkte für die Neuordnung der Hochschulzulassung vom 06.03.2009 umgesetzt.

Es werden Studiengebühren bei 4-semestriger Überschreitung der Regelstudienzeit in Höhe von 500,00 Euro erhoben.

Ferner sollen die Universitäten in stärkerem Maße als bisher angehalten werden, gemeinsam mit den Fachhochschulen kooperative Promotionsverfahren durchzuführen. Bei der Zulassung zur Promotion wird gesetzlich festgeschrieben, dass die Abschlüsse von Universitäten und Fachhochschulen gleich zu behandeln sind.

Dissertationen sind von mindestens zwei Gutachtern zu bewerten, wobei ein Gutachter Universitätsprofessor sein muss und die weiteren Gutachter habilitationsadäquate Leistungen nachweisen oder über die Berufungsvoraussetzung eines Fachhochschulprofessors verfügen müssen.

Die Universitäten können nun auch Promotionsstudiengänge einrichten, in denen der Grad „Doctor of Philosophy (Ph. D.)“ verliehen werden kann.

Honorarprofessoren erhalten die Berechtigung, sich an der Forschung zu beteiligen. Sie werden - wie auch die Privatdozenten - verpflichtet, Lehraufgaben zu übernehmen.

Die Studienleistungen, die an anderen Hochschulen erbracht worden sind, sollen leichter anerkannt werden. Damit sollen die Möglichkeiten der Studenten, die Hochschule zu wechseln, verbessert werden. Die Mitwirkung der Studenten in den Studienkommissionen wird honoriert, indem bis zu drei Semester nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet werden.

Die Hochschulen erhalten des Weiteren die Möglichkeit, bestimmte Lehr- oder Forschungsaufgaben außerhalb der üblichen inneruniversitären Organisationsformen (Fakultät, Institut u.a.) einer Zentralen Einrichtung zuzuordnen. In diesem Falle ist deren Arbeitsfähigkeit ausreichend abzusichern.

Ferner werden die Bestimmungen zum Hochschulrat modifiziert. Der Hochschulrat kann nunmehr Entscheidungen auch im Umlaufverfahren treffen, um seine Entscheidungsfindung zu beschleunigen und die Handlungsfähigkeit auch zwischen den Sitzungen zu sichern. Die Hochschulen werden ermächtigt, die Fahrtkostenschädigung für die Mitglieder des Hochschulrates mit der Einwilligung des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst und des Staatsministeriums der Finanzen durch Ordnung zu regeln. Für die Mitglieder wird eine einheitliche Haftung nur für grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz festgelegt. Die Mitglieder werden künftig einheitlich vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst ernannt.

Der Vergaberahmen für die Professorenbesoldung bei kaufmännisch wirtschaftenden Hochschulen wird aufgehoben, um einen Anreiz für die Hochschulen zu schaffen kaufmännisch zu wirtschaften und Zielvereinbarungen abzuschließen. Da dieser die Einführung flexibler Budgetierungsmodelle erschwert.

Das Internationale Hochschulinstitut wird in die TU Dresden eingegliedert.

Der Austritt aus der verfassten Studentenschaft kann nach dem 1. Semester von den Studenten vorgenommen werden.

Die Fachhochschulen führen den Namen „Hochschule für angewandte Wissenschaften“.

verbessern und die Freiwilligen Feuerwehren in Sachsen stärken. Der Brand- und Katastrophenschutz ist ein wichtiger Baustein unserer gesamten Sicherheitsarchitektur. Deshalb ist es wichtig diesen Bereich weiter zu unterstützen. Im Finanzausgleichsgesetz hat Sachsen in den Jahren 2011 und 2012 den Kommunen für den



Brandschutz 14 beziehungsweise 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. In den kommenden Jahren soll dieser Betrag auf je 21 Millionen Euro erhöht werden.

Für die CDU-Fraktion ist es unabdingbar, die Kommunen auch weiterhin bei der Modernisierung ihrer Feuerwehren in hohem Maße zu unterstützen. Dazu gehört auch eine qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildung der Kameradinnen und Kameraden sowie eine dauerhafte Erhöhung der Lehrgangsplätze an der Landesfeuerwehrschule Nardt. Für 2013 ist bereits geplant, die Anzahl der Teilnehmer von 20 auf bis zu 24 Personen pro Lehrgang zu erhöhen.

## **Unser Ziel ist eine solide und gerechte Haushaltspolitik für Sachsen**

Anfang September hat der Sächsische Landtag in erster Lesung über den Doppelhaushalt für 2013/ 2014 beraten.

Für 2013 sind Einnahmen und Ausgaben in Höhe von rund 16,3 Milliarden und für 2014 von rund 16,9 Milliarden Euro geplant. Der Entwurf beinhaltet die wichtigsten Forderungen der CDU-Fraktion: Keine Schulden, Schuldentilgung, eine vernünftige Rücklage und Investitionen. Der Entwurf zeigt für Sachsen aber auch Chancen auf, um die uns andere Bundesländer beneiden. Durch

die konsequente Finanzpolitik in den letzten zwei Jahrzehnten in Sachsen können wir uns heute Dinge wie Bildungspaket, Exzellenzuniversität, Infrastrukturausbau und einen umfangreichen Finanzausgleich zugunsten der kommunalen Ebene leisten. Es ist ein deutliches Signal, dass dieser Haushaltsentwurf mehr als 5 Milliarden Euro für Bildung (von der Kita, über Schule bis zu den Hochschulen) und Forschung eingestellt. Soviel wurde noch nie in Sachsen für diesen Bereich ausgegeben.

Nun müssen wir Parlamentarier in den kommenden Wochen genau prüfen, ob alle Notwendigkeiten berücksichtigt wurden und alle Interessengruppen des Freistaates anhören, um gegebenenfalls nachzubessern. Für uns ist es wichtig, für Gerechtigkeit zu sorgen. Insbesondere gegenüber den zukünftigen Generationen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf ist solide, er ist dabei realistisch und setzt die wichtige Schwerpunkte. Das gilt sowohl für die Investition und den Bildungsbereich, insbesondere aber auch für eine kontinuierliche Finanzpolitik. In den kommenden Wochen werden wir auch noch über weitere Themen wie die Finanzierung des ÖPNV, Lehrpersonal und Unterrichtsabsicherung, die eventuelle institutionelle Grundfinanzierung der Landschaftspflegeverbände, die Krankenhausbaufinanzierung und die Kulturförderung diskutieren müssen.

Eines ist klar: Die Zinsen können momentan noch so niedrig sein, wir werden uns nicht zum Schuldenmachen hinreißen lassen. Wir müssen auch in Sachsen immer auf die äußeren Zukunftsfaktoren Rücksicht nehmen. Dazu gehören das Auslaufen des Solidarpaktes, die Risiken des Länderfinanzausgleiches und die sinkende EU-Förderung.

Hinzu kommt, dass die Steuerdeckungsquote des Haushaltsplanes von 56,8 Prozent im Jahre 2011 auf 59 Prozent des Planansatzes für das Jahr 2013 steigt. Mehr denn je werden wir deshalb die sich abschwächende Konjunktur genau beobachten müssen.

Der Beschluss des Haushaltes ist für die Plenarwoche im Dezember vorgesehen. Bis dahin laufen intensive parlamentarische Beratungen.

### **Termine meiner Bürger-sprechstunden:**

Mittwoch, **10.10.2012**,  
von 16:00 bis 18:00 Uhr  
im Elbhangtreffpunkt

Montag, **12.11.2012**,  
von 16:00 bis 18:00 Uhr  
im Ortsamt Prohlis

Sächsischer Landtag: Erik Donner

## Ein Tag im Ruheheim Bühlau

Zum mittlerweile dritten Mal nehme ich an der „Aktion Perspektivwechsel“ im sozialen Bereich teil. Nach Erfahrungen in einer Kindertagesstätten und einer Tagespflege ist diesmal das Ruheheim Bühlau der Diakonie auf der Hegereiterstraße mein Arbeitsort für einen Tag.



Das Ruheheim wurde vor 10 Jahren gebaut und bietet Platz für 70 Bewohner. Das Gebäude und die Wohnbereiche sind gleichermaßen wohnlich wie funktionell gehalten. Neben den medizinisch und pflegerisch notwendigen Einrichtungen und Apparaturen wird versucht, soviel wie möglich auf die individuellen Wünsche der Bewohner einzugehen. So bieten unter anderem die Sonnenterasse und der große Garten die Möglichkeiten, nicht nur die frische Luft zu genießen, sondern auch gemeinsam Festivitäten zu feiern. Im September steht beispielsweise das traditionelle Weinfest auf dem Programm.

Das Heim bemüht sich, den Bewohnern ein abwechslungsreiches Betreuungsprogramm zu bieten. Der wichtigste Teil davon wird für medizinische und pflegerische Maßnahmen, beispielsweise bestimmten Förderprogrammen oder bestimmten Bädern, aufgewandt. Aber auch ein gewisses Maß an gemeinsamer Freizeitgestaltung ist wichtig. Fester Bezugspunkt sind vor allem Gottesdienste und Bibelstunden. Neben dem guten Kontakt zu den umliegenden Kirchgemeinden pflegt das Heim auch gute Beziehungen in die Nachbarschaft und ist im Stadtteil voll integriert.

Mein Tag beginnt um 07:00 Uhr in der zweiten Etage. Gemeinsam mit einem Altenpfleger kümmern wir uns um zwei Bewohner, die aufgrund körperlicher und geistiger Einschränkungen auf intensive Hilfe angewiesen

sind. Waschen, anziehen und für den Tag fertig machen – das ist die Aufgabe. Schnell wird deutlich, dass eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem besteht, was zeitlich notwendig ist, um dies alles in ausreichender Qualität zu erledigen und dem, was nach Meinung der Krankenkasse maximal an Zeit vorgeben ist. Schematische Betrachtungen und Abrechnungsmodelle helfen bei einer individuellen Betreuung und Pflege nicht weiter.

Es schließt sich das Frühstück an. Tische eindecken, Kaffee und Wasser ausschenken, einzelnen Bewohnern das Essen reichen – das gibt es hier zu tun. Am Vormittag schließen sich ganz unterschiedliche Betreuungsformen an. Neben medizinischen Behandlungen waren eine Physiotherapeutin, ein Zahnarzt und ein Friseur im Heim zu Gast.

Ich war gemeinsam mit einer Tagesbegleiterin und mehreren Bewohner zu Spaziergängen in der Umgebung unterwegs. Dabei wird sehr stark darauf geachtet, dass die Bewohner soviel möglich selbst bewältigen. Nur wenn es gar nicht anders geht, wird auf den Rollstuhl zurückgegriffen. Aber auch diesen Bewohnern wird in Form von Ausflügen noch viel Abwechslung geboten.

Nach dem Mittagessen schloss sich dann eine Ruhephase an, die von den Mitarbeitern vor allem dazu genutzt wird, notwendige Dokumentationen für die einzelnen Bewohner zu erstellen. Dies stellte sich in meinem abschließenden Gespräch mit dem Heimleiter, Herrn Magnet, und der Pflegeleiterin, Frau Müller, als eines der Probleme dar. Zwar ist Kontrolle und Aufsicht wichtig und gewünscht (das Heim hat in jedem Jahr mit der besten Note 1,0 abge-



schnitten), aber die immer größer werdenden Dokumentationspflichten binden immer mehr Arbeitszeit und hindern die Mitarbeiter, direkt bei den Bewohnern zu sein. Hier besteht der klare Wunsch, genau zu überprüfen, was tatsächlich notwendig ist und was nicht.



Im Gespräch wurde auch deutlich, dass sich in den vergangenen Jahren das Lebensalter der Bewohner beim Einzug deutlich erhöht hat und mittlerweile im Durchschnitt jenseits des 85. Lebensjahres liegt. Damit verbunden ist auch eine deutlich größere Anzahl von Bewohnern mit beginnender oder fortgeschrittener Demenz. Dies bedeutet auch einen intensiveren pflegerischen Ansatz, der aber nicht nur in den Seniorenheimen, sondern

im gesamten medizinischen Sektor eingehalten werden muss.

Auf die Frage nach einem konkreten Wunsch äußerten Herr Magnet und Frau Müller, ebenso wie die Mitarbeiter übereinstimmend die Hoffnung, dass der Beruf des Altenpflegers stärkere gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung erfährt. Bereits jetzt deutet sich an, dass der Fachkräftemangel auch und gerade diesen Berufszweig betreffen wird. Eine älter werdende Gesellschaft wie die unsrige ist aber auf Menschen in diesem Beruf stärker denn je angewiesen. Über Möglichkeiten, dieses Berufsfeld attraktiver zu machen, müssen wir uns in der Politik Gedanken machen.

Mein Perspektivwechsel war auch in diesem Jahr ein lehrreicher und interessanter Tag mit vielfältigen neuen Erfahrungen und Eindrücken. Noch stärker als zuvor fühle ich Dankbarkeit all denen gegenüber, die andere Menschen pflegen – sei es in einem Seniorenheim oder in der häuslichen Gemeinschaft. Sie leisten einen großen Dienst, den Krankenkassen und andere zu kontingentieren versuchen und der oftmals nicht ausreichend von der Gesellschaft wertgeschätzt wird.

## „Fachkräftebedarf - sind wir dafür gerüstet?“ Zweites Wirtschaftsgespräch im Dresdner Südosten

Die Situation: Zu wenig Junge in Arbeit, zu viele Alte in Rente. Dazu weiter sinkende Bevölkerungszahlen und Abwanderung von Hochqualifizierten. Auf der anderen Seite unbesetzte Stellen und freie Ausbildungsplätze. Woran liegt's? Dem auf den Grund zu gehen, luden wie jedes Jahr im Herbst Christian Piwarz MdL und der CDU-Ortsverband Dresdner Südosten zum Wirtschaftsgespräch in die Glöckner Autowelt. Thema des Abends: Fachkräftemangel, dessen Auswirkungen auf Dresden und Sachsen. Die Fragen: Inwieweit sind wir darauf vorbereitet? Welche Probleme sind zu lösen?

Gemeinsam mit Thomas Wünsche, dem Vorsitzenden der Geschäftsführer der Agentur für Arbeit Dresden und Dr. Werner Mankel vom Institute for Further and Continuing Education an der TU Dresden, gingen die anwesenden Unternehmer und CDU-Mitglieder diesen Fragen nach. Dabei betonte bereits Christian Piwarz in seinem Eingangsstatement, dass beispielhaft bei der Lehrergewinnung und -ausbildung deutlich wird, welche Probleme

der Fachkräftebedarf nach sich zieht. Bis 2020 gehen über 8.000 Lehrerinnen und Lehrer in Rente und stellen den Freistaat Sachsen vor eine große Herausforderung, den sich hieraus ergebenden Personalbedarf zukünftig zu decken.

Deutlich wurde auch, dass das vermittelte Wissen oftmals nicht ausreicht, um fit für Ausbildung oder Studium zu sein. Hier machten vor allem die beiden Referenten



klar, dass es ohne lebenslanges Lernen nicht funktionieren kann. Denn nur die kontinuierliche Weiterbildung garantiert beste Chancen auf dem Arbeitsmarkt – gerade auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit. Doch sind hier auch die Unternehmen gefragt. Thomas Wünsche skizzierte dies anhand des Beispiels von arbeitslosen Ingenieuren über 50 Jahren. Alle Weiterbildung, in Kooperation mit Hochschulen oder IHK nütze nichts, wenn nicht auch die Unternehmen bereit sind, den potentiellen neuen Arbeitnehmern Einblicke in die Praxis zu gewähren und sie später einzustellen. Dabei sind ältere Arbeitnehmer nicht nur reine Produzenten, sondern könnten sich mit ihrer Erfahrung und ihrer Motivation auch der Ausbildung der Jüngeren widmen.



Der Leiter der Arbeitsagentur zeichnete zwar ein angespanntes, aber kein dramatisches Bild vom Arbeitsmarkt. Ohne wirksames Gegensteuern allerdings werde sich die Situation vor allem in der Elektro- und Metallbranche drastisch verschärfen. Schon heute braucht es durchschnittlich zwei bis drei Monate, um eine frei gewordene Stelle zu besetzen. Zudem steige auch die Anzahl der zu besetzenden Stellen. Ähnlich sehe es im Tourismus- und Gastronomiegewerbe aus. Viele junge Frauen entscheiden sich hier für Ausbildung oder Studium, können dann aber mitunter aufgrund der nur schweren Vereinbarkeit von Familie und Beruf (beispielsweise durch Arbeitszeiten) nicht mehr in diesem Bereich arbeiten.

Es sei, so Wünsche, in manchen Bereich durchaus üblich, dass nicht mehr die Unternehmen, sondern die Arbeitnehmer die Vertragsbedingungen bestimmten. Im Vordergrund stehe dabei nicht zwingend das höchste Gehalt, sondern eher weiche Faktoren wie flexiblere Ar-

beitszeiten, einen Kitaplatz oder ein Job für den Partner.

Dies wurde von Werner Mankel so bestätigt. Zudem plädierte er dafür, jetzt und schnell zu handeln. Denn es braucht im Schnitt drei Jahre – Ausbildung oder Bachelorstudium – bis der Nachwuchs ins Arbeitsleben einsteigen und die Wirkung der angestrebten Maßnahmen überprüft werden kann.

Als Fazit bleibt, dass von staatlicher Seite großer Wert auf eine angemessene Schulbildung gelegt werden muss. Bildung und Wertevermittlung beginnt aber nicht, dort sondern vor allem in den Familien. Die Unternehmer wiederum sind gefordert, auch denjenigen eine Chance zu geben, die vielleicht nicht auf den ersten Blick ins Raster passen, aber durch ihre Leistungsbereitschaft und ihr Engagement überzeugen. Die zweistündige Diskussion, auch gemeinsam mit dem Publikum, brachte einen guten Überblick über die unterschiedlichen Aufgabenstellungen für alle Beteiligten. Es wurde deutlich, dass einzelne Punkte weiter vertieft werden müssen, aber wichtige Anregungen hat auch dieses Wirtschaftsgespräch gebracht.